Nummer 237 — Halle, Dienstag, den 9. Oktober 1923 — 58. Jahrgang

Straßenverkaufspreis 7 000 000 M.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für M[illegible] Deutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der Bezugspreis ist freibleibend. Die Anzeigen werden nach Millimetern berechnet; die Preise hierfür sind freibleibend. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Verlagshaus: Neue Promenade 10 und Große Ranunkelstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Die Zentrale verbindet mit allen Abteilungen. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Strecker, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

WOLF-WEINBERG HALLE a/S.

Kampf um den Achtstundentag.

Stinnes nimmt das Wort.

Gegen Legendenbildung über Regierungskrisis und Arbeitszeit.

In der heutigen Morgenausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wendet sich Herr Stinnes persönlich gegen die Angriffe der Linkspresse wegen seiner Haltung vor und während der Regierungskrisis. In einem Vorwort zu den Stinnesschen Ausführungen sagt die „D. A. Z." u. a.: „Die Montag-Frühpresse in ihrer Mehrheit ist schon seit längerer Zeit eine wahre Landplage für die Berliner Zeitungsleser. Was aber gestern in diesen Organen zum Thema: „Stinnes ist schuld" zu lesen war, übersteigt jedes zulässige Maß. Wir haben uns daher an Herrn Hugo Stinnes persönlich gewandt mit der Bitte, zur Sache das Wort zu ergreifen." Aus den Ausführungen geben wir folgende Stellen wieder, die auch in enger Beziehung stehen zu dem Kampf um die Arbeitszeit im Ruhrgebiet, der seit gestern eingesetzt hat:

Das Treiben der Linkspresse, einschließlich demokratischer Blätter und auch der „Germania", nimmt Formen an, die es auch mir zweckmäßig erscheinen lassen, die Vorgänge der vergangenen Woche für die Außenstehenden, die man offenbar irreführen will, aufzuhellen. Am 30. September lagte in Anna-Königsborn eine wohl vollzählige Versammlung der Vertreter des Ruhrkohlenbergbaus, die in Anbetracht der heutigen Lage, d. h. in der brennenden Not des Vaterlandes, folgenden Beschluß einstimmig gefaßt hat:

Die Kohlenpreise des Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbergbaues stehen mit 38 Goldmark für Fettförderkohle weit über dem Weltmarktpreis. . . . Da es unmöglich ist, bei einer Preisbasis von 38 Goldmark die deutsche kohlenverbrauchende Industrie derartig in Gang zu halten, daß sie in der Ausfuhr konkurrenzfähig bleibt, da andererseits die Mittel der Kohlenindustrie vollständig erschöpft sind, so sind die Zechen des Ruhrkohlenbezirks genötigt und entschlossen, zur Erhaltung der Produktionskraft des Bergbaues, im Interesse der verbrauchenden Industrie Deutschlands und zur Erzielung einer unbedingt notwendigen Ausnahme der Arbeitszeit vom 8. Oktober ab für die Dauer der jetzigen Verhältnisse sogar verlängern, wie sie vor dem Jahre 1914 bestand, d. h. auf acht Stunden ausschließlich Ein- und Ausfahrt. . . . Gleichzeitig mit dieser Verlängerung der Arbeitszeit soll eine Ermäßigung der Kohlenpreise von 6 Goldmark pro Tonne in der ersten Woche eintreten. Nachdem die Bergbaubesitzer sich an die neuen Verhältnisse gewöhnt haben und die Materialpreise entsprechend gesunken sind, müssen die Kohlenpreise in kurzer Frist auf den Weltmarktpreis, der zurzeit 22 Goldmark beträgt, gesenkt werden, denn dies ist die Grenze, bei der die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig bleibt.

Der Beschluß spricht für sich selbst. Indessen sei es mir gestattet, hervorzuheben, daß der Ruhrkohlenbergbau, dem sich inzwischen der gesamte deutsche Kohlenbergbau anschloß, im Interesse der verarbeitenden Industrie und des deutschen Exportes eine Ermäßigung der Kohlenpreise für unbedingt erforderlich angesehen hat. . . .

Der Beschluß von Anna-Königsberg ist zwei Tage darauf dem Herrn Reichskanzler im Wortlaut zur Kenntnis gebracht worden. Er hat zu einer einstimmigen Entschließung der Fraktion Dr. Stresemanns geführt, an deren Formulierung er selbst mitgewirkt hat, dahingehend, daß in der gesamten Wirtschaft Deutschlands — wo notwendig und möglich — die Hindernisse beseitigt werden müssen, die die Wiedereinführung der Arbeitszeit wie vor dem Kriege nicht gestatten. Das bedeutete, daß die Unternehmer Deutschlands ohne Palaverei, ohne einen für die Ernährung Deutschlands gefährlichen Zeitverlust in die Lage gekommen wären, die zur Vermehrung und Verbilligung der Produktion erforderliche Mehrarbeit durchzuführen. Der Wortlaut jenes Beschlusses ist insbesondere zwischen dem Herrn Reichskanzler und mir vereinbart worden.

Dieser Wortlaut gefiel indessen nicht allen Mitgliedern der Koalitionsparteien und wurde in der Folgezeit umgestoßen. Aus diesen Verhandlungen entwickelte sich nach meiner Kenntnis die Kabinettskrisis, die zeitweise den Ausgang zu nehmen schien, daß Herr Dr. Stresemann ein rein bürgerliches Kabinett, und zwar mit solchen Herren bildete, die nach Vorleben und Vorleistungen voraussichtlich in der Lage waren, Deutschlands Wirtschaft aus dem Sumpf herauszuziehen, in dem sie sich heute befindet, und damit überhaupt erst eine erfolgreiche Außenpolitik zu ermöglichen.

Mehrere dieser Herren, wenn nicht alle, haben sich nicht entschließen können, das ihnen angetragene Amt anzunehmen, da sie nicht glaubten, in der vorgesehenen Zusammenstellung der Regierung das Maß von Autorität und Vertrauen in Nord und Süd und im Ausland zu haben, das notwendig ist, wenn innen- und außenpolitisch mit Erfolg gearbeitet werden soll. . .

Auf Wunsch desjenigen Mitgliedes der Deutschen Volkspartei, das in der vergangenen Woche bestimmt war, die Stellung der Fraktion zu den wirtschaftlichen Fragen im Reichstag zu vertreten, habe ich meine Auffassung zu den nunmehrigen Verhältnissen damals, d. h. am 29. September, also noch vor dem Beschluß von Anna-Königsborn, schriftlich niedergelegt. Ich hatte dort unter anderen Programmpunkten ausgeführt, daß meiner Meinung nach:

„Institutionen aller Art, zentrale Tarifverträge oder Syndikate, soweit sie die Wirkung haben, die Produktion zu verteuern, die Ausfuhr zu hemmen, mindestens vorübergehend zu beseitigen und zu verbieten sind."

Ich verweise auf diese Stellungnahme zur Frage der Syndikate und Kartelle, weil dieser Punkt sich in der Rede des Herrn Reichskanzlers wiederfindet, und also von mir, den man als typischen Vertreter der Schwerindustrie hinzustellen pflegt, überhaupt erst vor dem Herrn Reichskanzler und vor seiner Fraktion zur Diskussion gestellt worden ist. . . .

Der Herr Reichskanzler hat durch Bildung der Großen Koalition am 14. August eine politische Notwendigkeit erfüllt und großen Mut gezeigt, für den ihm das deutsche Volk Dank sollen muß, denn es gehörte Mut dazu, gegen die Empfindungen des deutschen Volkes den Ruhrkampf zu beenden, der finanziell nicht mehr zu halten war und außenpolitisch keinen Nutzen mehr bringen konnte. Die Schuld an der Notwendigkeit, diesen Kampf aufzugeben, trägt Herr Stresemann nicht, sondern das vorige Kabinett, insbesondere der Finanzminister Herr Hermes, der eine unverantwortliche Finanz- und Devisenpolitik betrieben hat, ohne rechtzeitig die Mehrarbeit im unbesetzten Deutschland zu erzwingen, die allein ermöglicht hätte, die Devisen für das Durchhalten zu schaffen.

Nahm Herr Dr. Stresemann in der Außenpolitik dies große Odium auf sich, so mußte sein Kabinett innerpolitisch um so fruchtbarer sein.

An dem Sonntag der ersten Kabinettsbildung ist Herr Dr. Stresemann von mir darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Bestand seines Kabinetts davon abhänge, ob er in der Lage sei, die innerpolitischen Bedürfnisse und Notwendigkeiten in außerordentlich kurzer Zeit zu erfüllen, auch gegen die Doktrinen der Sozialdemokratie.

Hierin hat das Kabinett Stresemann seiner Aufgabe sich nicht gewachsen gezeigt, und zwar durch Schuld der Sozialdemokratie, die, wie stets in Wirtschaftsfragen, versagt hat, namentlich nachdem mit Carl Legien der Mann gestorben ist, der Mut und Autorität genug besaß um bei den Massen auch etwas Unpopuläres zur Durchführung zu bringen.

Deutschland befindet sich in akuter Lebensgefahr. Es handelt sich um Leben oder Sterben großer Teile des deutschen Volkes. Experimente sind nicht am Platz. Deshalb ist es doppelt bedauerlich, daß es nicht möglich gewesen, die Männer zu gewinnen, die eine einigermaßen sichere Gewähr für die sofortige Durchführung der unbedingt notwendigen Reformen geboten hätten.

* * *

Vorkriegsarbeitszeit an der Ruhr?

Forderungen der Arbeitgeber. Kampfansage der Gewerkschaften.

Essen, 9. Oktober. Auf den Zechen des Ruhrgebietes ist durch Anschlag folgende Bekanntmachung erfolgt:

Der überstürzte Wirtschaftsverfall bedroht aufs schärfste die Ernährung unserer Bevölkerung. Sofortige Abhilfe für diese Entwicklung ist durch Steigerung unserer vernichteten Auslage zu schaffen. Vorbedingung hierfür ist eine weitgehende Herabsetzung der Preise der für unsere Wirtschaft maßgebenden Rohstoffe, insbesondere der Kohlen, was nur durch eine starke Herabsetzung der Selbstkosten zu erreichen ist. Nachdem die Regierung den passiven Widerstand aufgehoben hat, ist es das Gebot der Stunde, durch äußerste Anspannung aller Kräfte auf billigstem Wege möglichst große Mengen von Kohlen zu fördern. Hierzu ist eine Schichtverlängerung erforderlich. Sie wird bei entsprechender Leistungssteigerung eine Ermäßigung der Kohlenpreise um etwa 6 Goldmark für die Tonne ermöglichen, die gleichzeitig beantragt wird. Demgemäß sieht sich der rheinisch-westfälische Bergbau gezwungen, ab Dienstag, den 9. Oktober 1923, die vor Ausbruch des Krieges gültigen Schichtzeiten wieder einzuführen.

Die Zechenverwaltung.

*

Essen, 9. Oktober. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Essen, erläßt einen Aufruf an die Arbeiter und Angestellten des Bergbaues, in dem er gegen die von den Grubenbesitzern des rheinisch-westfälischen Bergbaues geforderte Verlängerung der Arbeitszeit scharf Stellung nimmt. Die Arbeitnehmer hätten vielfach durch die Tat bewiesen, daß sie bereit seien, volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Das Vorgehen der Unternehmer sei aber ein unerhörter, bisher noch nie dagewesener Vorgang in der Geschichte der Regelung von Arbeitsbedingungen, soweit sie von Gesetz und Vertrag geregelt waren. Die Arbeiter und Angestellten im Bergbau werden deshalb aufgefordert, sich nur an die gesetzlichen Bestimmungen, die Arbeitsordnung und den Tarifvertrag zu halten. Die Arbeitnehmer hätten die Pflicht, weiter zu arbeiten wie bisher und sich ruhig, aber entschlossen gegen die einseitige Aenderung der Arbeitsbedingungen zu wehren. Der Aufruf schließt: Die an dem Tarifvertrag für den Bergbau beteiligten Organisationen übernehmen die Führung in diesem Kampfe und ersuchen alle Arbeitnehmer, für Ruhe und Ordnung besorgt zu sein und sich streng an die Weisungen der Organisationen zu halten. Nur so kann dieser Kampf zu einem guten Ende geführt werden.

* * *

Vermittlungsversuche der Regierung.

Berlin, 9. Oktober. Die Arbeitgeber des Ruhrbergbaus sind an die Beteiligten mit dem Ersuchen um Verlängerung der Arbeitszeit unter Tage auf 8½ Stunden herangetreten. Der Reichsarbeitsminister bemüht sich, einen Konflikt zu vermeiden. Er hat deshalb vorgeschlagen, diese Frage am 10. Oktober gelegentlich der Lohnverhandlungen zwischen den Tarifparteien zu erörtern. Bis dahin soll von einer einseitigen Aenderung der tariflich vereinbarten Arbeitszeit abgesehen werden.

Verhandlungen um Wiederaufnahme der Arbeit.

Paris, 9. Oktober. Wie Havas aus Düsseldorf berichtet, haben die Vertreter der Handelskammer von Essen gestern Fühlung mit den französischen Behörden genommen in Hinblick auf die Wiederaufnahme der Arbeit und der wirtschaftlichen Tätigkeit. — Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, hat die Besprechung der Herren Stinnes, Klöckner, Vögeler und von Velsen mit General Degoutte stattgefunden. Allerdings haben die Herren nicht als Einzelpersonen, sondern als Vertreter des Bergbaulichen Vereins für Rheinland und Westfalen die Besprechung geführt. Die Herren hatten vergeblich versucht, eine Unterredung mit dem Reichskanzler vor ihrer Besprechung mit Degoutte zu erlangen. Dr. Stresemann war infolge anderweiter dringender Inanspruchnahme nicht in der Lage, die Herren vor ihrer Abreise zu empfangen. Die vier Herren haben es aber nicht unterlassen, alsbald nach der Besprechung dem Kanzler Mitteilung von deren Ergebnis zu machen.

Der Redekampf im Reichstag.

Vertrauensvotum für die Regierung.

Berlin, 8. Oktober. Nach den Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitscheid nahm Abg. Dr. Beil (Ztr.) das Wort und führte u. a. aus: Durch das Ermächtigungsgesetz darf sich das Parlament nicht ausschalten. In der Währungsfrage richte er namens seiner Partei an die Regierung die dringende Bitte, sofort auf eine endgültige Lösung des Problems hinzuwirken. Eine feste Lösung könne erreicht werden, erst wenn die deutsche Wirtschaft wieder leistungsfähig geworden sei. Die Ausführungen des Reichskanzlers über die Notwendigkeit der Aufhebung des passiven Widerstandes fänden bei seiner Partei volle Zustimmung.

Abg. Graf Westarp (Dn.) erklärt, er müsse die große Koalition mit einem anderen Wort begrüßen als der Vorredner: Naht ihr euch wieder, schwankende Gestalten? (Heiterkeit.) Draußen vor den Toren steht der Feind, und hier wird tagelang über die Zusammenstellung der Regierung verhandelt. Hohn und Spott, Scham und Empörung haben diese Zustände hervorgerufen. (Lebh. Zustimmung rechts.) Der Parlamentarismus hat versagt. Lange wird die große Koalition nicht halten. In Deutschland kann nur gegen die Sozialdemokratie regiert werden. Wir verlangen und fordern die Loslösung der Regierung von der Sozialdemokratie. Los vom Marxismus! (Unruhe bei den Soz.) Wir stehen mit rückhaltloser Opposition zur Regierung. Die Ausführung diktatorischer Befugnisse einer Regierung darf nur in den Händen des Militärbefehlshabers liegen. Einer Regierung der großen Koalition können wir solche Befugnisse aber nicht zubilligen. Der Redner wendet sich

gegen eine Gewaltpolitik gegenüber Bayern

und spricht Herrn v. Kahr volles Vertrauen aus. (Lachen bei den Soz.) Bedauerlich ist die Herausnahme der dringend notwendigen Aufhebung des Achtstundentages aus dem Ermächtigungsgesetz. Das unerhörteste Zerrbild des Parlamentarismus liegt in dem Artikel der Ermächtigungsgesetzes, wonach das Gesetz bei einer Aenderung der parteimäßigen Zusammensetzung der Regierung außer Kraft treten soll. Wir können diesem Gesetz nicht zustimmen. Der Redner bedauert, daß mit dem Regierungsantritt Dr. Stresemanns der Frieden nach England abgerissen wurde. Der rheinischen Bevölkerung müsse für ihr heldenmütiges Ausharren größte Bewunderung gezollt werden. (Beif.) Wenn Dr. Breitscheid vom Mißbrauch der Ruhrhilfe spreche, müsse er endlich auch Namen und Beweise bringen, sonst müßten seine Angriffe als verleumderisch zurückgewiesen werden. (Zustimmung rechts, Lärm bei den Soz.) Der passive Widerstand müßte zum aktiven werden. Mit dem unverweilichen Abbruch des passiven Widerstandes müßten auch alle diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien abgebrochen und der vertragslose Zustand hergestellt werden. Der Abbruch des Widerstandes wird nicht zur Sanierung unserer Finanzen führen. Die einzige Tat der großen Koalition war die Aufgabe des passiven Widerstandes. (Reichskanzler Dr. Stresemann: Sie haben ja selbst gesagt, daß der passive Widerstand nicht länger durchgeführt werden konnte!) Gewiß, aber unter anderen Bedingungen. Wir wollen den Abbruch der Beziehungen zu Frankreich und Belgien mit allen Konsequenzen. (Lärmende Zurufe bei den Soz.) Wer darauf verzichtet, der feindlichen Gewalt Gewalt entgegenzusetzen, der verzichtet auf Rhein und Ruhr. (Beifall und Händeklatschen bei den Deutschnationalen. Zischen und Lärm links.)

Reichskanzler Dr. Stresemann

bedauert, daß in der heutigen Zeit des außenpolitischen Druckes eine Rede mit so parteipolitischem Einschlag gehalten wurde. Wenn Graf Westarp von Scham und Empörung spricht, so lag es doch gerade bei den Deutschnationalen, die Krise zu vermeiden. Statt dessen haben sie noch in das Feuer hineingeblasen. (Unruhe rechts. Beifall bei der Mehrheit.) Es ist bedenklich, wenn Graf Westarp die Hoffnung auf einen Zerfall der großen Koalition ausspricht. Ein nationaler Mann müßte doch hoffen, daß wir in dieser ernsten Zeit endlich zur Ruhe kommen. Sie (nach rechts) sind in Opposition getreten zu denselben Steuern, die Sie selbst bewilligt haben. Sie haben eben dem Kabinett Cuno der Steuern selbst bewilligt und nicht dem deutschen Vaterland. Sie müssen sich endlich daran gewöhnen, den Staat als Träger des Vertrauens anzusehen und nicht die jeweilige Regierungskoalition. Von einer marxistischen Vorherrschaft im Kabinett kann nicht gesprochen werden. Das beweist schon die Stellungnahme des sozialdemokratischen Bezirksparteitages gegen die große Koalition. Der Gegensatz zwischen Politik und Staatsmannskunst beginnt da, wo man auch Unpopularität auf sich nimmt um des größeren Zweckes willen. (Beifall.) Darum haben alle Parteien bei der Bildung der großen Koalition Opfer gebracht. (Abg. Schulz-Bromberg (Dn.): Immer mitanzen!) Sie tanzen ja gern mit, wenn Sie nur eingelanden würden. (Große Heiterkeit.) Wie soll denn die erforderliche Zweidrittelmehrheit für das Ermächtigungsgesetz zusammenkommen, wenn gegen die Sozialdemokratie regiert wird. (Zuruf des Abg. Westarp: Reichstag auflösen!) Glauben Sie nicht, daß es besser ist, unter den heutigen Verhältnissen diesen Kampf zu vermeiden, wenn es möglich ist? Mit dem passiven Widerstand haben wir keinesweges den Kampf für den Rhein aufgegeben. Diesen Kampf können wir nur führen mit einheitlichem nationalen Idealismus, nicht mit einem Rechts- oder Linksblock. (Beif.) Für diesen nationalen Idealismus auch fraktionell Opfer zu bringen, das ist wirklich national. (Beifall.) Außerordentlich bedauerlich sind die katastrophalen Worte des Grafen Westarp über das deutsche Papiergeld. (Widerspruch b. d. Dnat.)

Wir müssen vom ganzen deutschen Volke verlangen, daß es sich mit Papiergeld bezahlen läßt, sonst haben wir das Chaos.

Die deutschen Beamten, Arbeiter und Kleinhändler nehmen das Papiergeld. Da gibt die schwierige Lage der Landwirtschaft niemandem das Recht, die Parole zur Zurückweisung des deutschen Papiergeldes hinauszuschleudern. (Lebh. Zustimmung b. d. Mehrheit, stürm. Widerspruch b. d. Dnat.) In der Währungsfrage hat die Regierung mit größtem Eifer gearbeitet. Es war aber vielleicht ein Fehler, zu viele Sachverständige zu hören, die sich selbst nicht einig waren. Auf die Fragen nach der Haltung Englands im Ruhrkampf kann ich mitteilen, daß Lord Curzon in seiner Rede sagte, es sei von der deutschen Regierung töricht gewesen, daß sie den Ruhrabschluß zum Abbruch des passiven Widerstandes

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19231009015/fragment/page=0001

nicht drei Monate früher gefaßt habe. Von englischer Seite ist schon vor mehreren Monaten dem Kabinett Cuno mitgeteilt worden: Wenn Sie für den Abbruch des passiven Widerstandes Gegenleistungen erreichen wollen, dann tun Sie es bald, sonst werden Sie nicht mehr Gelegenheit haben, dafür irgend etwas zu erhalten. (Hört, hört! b. d. Mehrh.) Der Aufruf beim Abbruch des passiven Widerstandes hat die einmütige Zustimmung aller Ministerpräsidenten gefunden. Wenn Graf Westarp verlangt, wir sollen den Versailler Vertrag für nichtig erklären, so übersieht er, daß dieser Vertrag gegenüber der seitdem betriebenen Gewaltpolitik einen gewissen Schutz für Deutschland bedeutet. Der Kampf um den Rhein geht weiter. Wollen wir ihn erfolgreich führen, so schaffen Sie die Voraussetzung, daß er durch ein geeinigtes deutsches Volk geführt wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen im Saal und auf den Tribünen. — Präsident Loebe untersagt Kundgebungen auf den Tribünen.)

Fortsetzung der Parteiaussprache.

Abg. Dr. Schultz (D. Vpt.) erklärt, daß der Legende vom „Dolchstoß" der Deutschen Volkspartei gegen die Große Koalition ein Ende gemacht werden müsse. Die Deutsche Volkspartei hat lediglich in dieser ernsten Zeit alle Parteien zu einer Einigung aufgerufen. Die Aufgabe des passiven Widerstandes ist

nicht gleichbedeutend mit Kapitulation.

Der Redner dankt der Regierung für ihre Entschlossenheit und das Verantwortungsgefühl, mit dem sie die unhaltbaren Zustände vor dem Zusammenbruch beendet hat. Die Verhängung des Ausnahmezustandes sowohl in Bayern wie im Reiche sei notwendig gewesen. Die Staatsautorität müsse auch in Sachen und Thüringen wiederhergestellt werden. (Großer minutenlanger Lärm links.) Ohne Erhöhung der Produktion ist eine Gesundung nicht möglich. Bei uns wird jetzt mehr englische wie deutsche Kohle verbraucht. Alle Fesseln müssen zur Hebung der Arbeitsintensität beseitigt werden. Der Beamtenabbau darf nicht die Beschränkung der Beamtenrechte bringen. Stärkste Steuerleistungen sind notwendig. Auch der Außenhandel muß wieder frei werden. Für das Ernährungsministerium brauchen wir einen praktischen Mann aus der Landwirtschaft. Gemeinsam mit der Regierung wollen wir unser Volk wieder zurückführen zu Ordnung und Sparsamkeit. (Beifall.)

Abg. Koch-Weser (Dem.) begrüßt die Wiederkehr der Koalition. Die Zahlung in Papiergeld dürfe nicht verschoben werden, schon im Interesse der vielen Ausgewiesenen, die auch mit Papiergeld bezahlt werden. Der Großgrundbesitz allerdings scheint das Papiergeld nicht zu brauchen, ein Beweis, wie er steuerlich geschont ist. Die Vorwürfe gegen den Parlamentarismus sind unbegründet. In der auswärtigen Politik hat der Reichskanzler das bewiesen, was Bismarck Zivilcourage nannte.

Abg. Leicht (Bayr. Vpt.) führt aus: Wir bitten alle Regierungen und Parteien, die durch das Reichsmineinderbefehlen von Ausnahmeverordnungen gegebenen Konflikte möglichst auf ein Minimum zu beschränken. Wir können nicht für das Ermächtigungsgesetz stimmen.

Nach längeren Ausführungen des Kommunisten Remmele und des deutschvölkischen Abgeordneten v. Gräfe, die beide das Ermächtigungsgesetz verwerfen, ergriff Reichsinnenminister Sollmann das Wort, um eingehend und auf Grund amtlicher Berichte die blutigen Vorfälle zu schildern, die sich am Sonntag vor acht Tagen in Düsseldorf zugetragen haben. Der französische Ministerpräsident, so erklärte der Minister, hat es für zweckmäßig gehalten, die hochverräterischen Sonderbündler in Schutz zu nehmen und die deutschen Polizeibeamten eines Mordbades zu beschuldigen.

Namens der Reichsregierung lege ich

gegen eine derartige Verleumdung deutscher Beamten Verwahrung

ein. Im Laufe der Aussprache war von den Parteien ein Antrag eingegangen, der besagt, daß der Reichstag die Erklärungen der Reichsregierung billige und ihr das Vertrauen ausspreche. Ferner lag ein Antrag der Sozialdemokraten vor, durch den die Rechtsauffassung der Reichsregierung über die bayerische Ausnahmeverordnung gebilligt und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Reichsregierung baldigst eine Klärung der Lage herbeiführe. Reichswehrminister Geßler weist die dunklen Andeutungen von deutschvölkischer Seite, als hätten diese gewisse Vorbereitungen mit Billigung der Regierung getroffen, zurück und teilt mit, daß er General v. Seeckt für den ganzen Rothbach-Prozeß von der amtlichen Verschwiegenheit entbunden habe. Der General habe sehr gut gewußt, warum er die verschiedenen Versuche der Deutschvölkischen, mit ihm persönlich in Verbindung zu treten, abgelehnt habe. Die Nachrichtenzentrale werde demnächst aufgehoben werden. Nach einem Schlußwort des Abg. Marx (Komm.) wurde das Vertrauensvotum für die Regierung in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Bayr. Volkspartei und der Kommunisten angenommen.

Wechsel in der Leitung der Reichskanzlei.

Wie der „Tag" berichtet, hat der Staatssekretär der Reichskanzlei, von Rheinbaben, gestern dem Reichskanzler sein Rücktrittsgesuch eingereicht, und zwar mit der offiziellen Begründung, daß seine politische Stellung eine weitere Mitarbeit im Rahmen der Großen Koalition nicht zweckdienlich erscheinen lasse. Das Blatt bemerkt dazu: „Diese offizielle Stellungnahme ist deshalb wenig verständlich, weil von Rheinbaben auch Staatssekretär der ersten Großen Koalition war. Es müssen also wohl noch andere Gründe für das Rücktrittsgesuch maßgebend sein. Als Nachfolger wird allgemein der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Most genannt."

Billionenraub.

Mainz, 9. Oktober. Nach einer Meldung des „Echo du Rhin" aus Düsseldorf hat die französische Sicherheitspolizei in Wahwinkel auf der Strecke Berlin—Köln in dem Schnellzug von Berlin nach Köln 231 Billionen beschlagnahmt, die von der Reichsbank in Berlin für die Reichsbank in Köln bestimmt waren. — In Bochum beschlagnahmten die Franzosen am 6. Oktober einen für die Knappschaftskasse bestimmten Geldtransport in Höhe von 2½ Billionen Mark.

Paris, 9. Oktober. Wie Havas aus Düsseldorf berichtet, haben die Franzosen dort gestern 290 Schupoleute ausgewiesen.

Das Ermächtigungsgesetz.

Bedenken gegen das Gesetz. Die Regelung der Arbeitszeit.

Berlin, 9. Oktober. Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Sitzung der Vorlegung des Entwurfes eines Ermächtigungsgesetzes mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Mehrheit zugestimmt. Der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes lautet:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, Maßnahmen zu treffen, welche sie auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete für erforderlich und dringend notwendig erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden. Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf Regelung der Arbeitszeit und auf Einschränkungen der Renten und Unterstützungen der Versicherten und Rentenempfänger der Sozialversicherung, sowie der Kleinrentner. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu geben. Sie sind auf Verlangen des Reichstages aufzuheben.

§ 2. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft. Es tritt mit dem Wechsel der jetzigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung, spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft.

*

Es ist wohl kaum zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß das Ermächtigungsgesetz durch die Ausnahme der Regelung der Arbeitszeit von den der Reichsregierung zugestandenen Maßnahmen die Hälfte seiner Bedeutung eingebüßt hat. Die Konzession an die Sozialdemokratie tritt um so deutlicher hervor, als der Wortlaut des Gesetzes nicht einmal mehr vorsieht, daß bei lebenswichtigen Betrieben und in sonstigen dringenden Fällen über den Achtstundentag hinausgegangen werden kann. Ueberdies bleibt die Reichsregierung nach wie vor sehr eng an den Reichstag gebunden, vor allem deshalb, weil das Parlament in der Lage ist, am zweiten Tage das außer Kraft zu setzen, was das Kabinett am ersten verordnet hat. Darüber hinaus ist der Parteiwillkür freieste Spielraum gelassen. Paßt z. B. der Sozialdemokratie aus irgendwelchen politischen Gründen etwas nicht in den Kram, dann macht sie das ganze Gesetz auf Grund des § 2 hinfällig, indem sie die Koalition aufkündigt. Wir fürchten, daß mit solchen Gesetzen kaum die Aufgaben gelöst werden können, die sich die Regierung gestellt hat. Ja, es liegt sogar die Gefahr nahe, daß durch das Ermächtigungsgesetz neue parteipolitische Krisen heraufbeschworen werden. Bisher war die Verfassung wenigstens noch ein Damm gegen manche Parteimachtprobe. Das neue Gesetz aber fordert direkt dazu heraus.

Die sächsische Sowjetregierung.

Dresden, 9. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Am Montag herrschte im Landtagsgebäude in Dresden Hochbetrieb. Die Regierung und die beiden Linksparteien tagten seit früh 9 Uhr, um zum endgültigen Abschluß der Regierungsvereinbarungen zu kommen. Wie verlautet, haben die kommunistischen Oberhauptleute Böttcher und Brandler selbst so viel Geschmack an einem Ministersessel bekommen, daß andere Kandidaturen erledigt sind. Die Kommunisten erklärten sich bereit, das Finanz- und das Kultusministerium zu übernehmen. In der Landtagssitzung, die auf Donnerstag verschoben wurde, wird sich das neue Kabinett vorstellen. Es wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach wie folgt zusammensetzen: Ministerpräsident und Außeres: Dr. Zeigner (Soz.), Innenministerium: Liebmann (Soz.), Finanzministerium: Brandler (Komm.), Arbeitsministerium: Graupe (Soz.), Wirtschaftsministerium: Fellisch (Soz.), Justizministerium: Neu (Soz.), Volksbildungsministerium: Böttcher (Komm.).

*

In der Landtagssitzung wird die Regierung mit einem vollständigen Regierungsprogramm hervortreten. Die kommunistischen Abgeordneten wollen es unbedingt zum Bruch mit dem Reichswehrministerium treiben und verlangen vom Ministerpräsidenten, daß er in der nächsten Sitzung seine längst angekündigten Enthüllungen über die Reichswehr bringt. Wie verlautet, wird sich Ministerpräsident Dr. Zeigner am Dienstag nach Berlin begeben, um mit dem Reichskanzler nochmals über den Fall Geßler-Zeigner zu konferieren. Es wird dabei auch die Frage des mitteldeutschen roten Staatenblocks Thüringen-Sachsen angeschnitten werden. Die Nachricht, daß der Reichskanzler Zeigner und Frölich nach Berlin gebeten habe, bestätigt sich nicht.

Bombenfund in der Berliner Börse. Wie wir erfahren, ist vor einigen Tagen in der Berliner Produktenbörse eine Bombe gefunden worden, bei der die Zündschnur abgebrannt war, ohne den übrigens ziemlich schwachen Explosionsstoff zur Entladung zu bringen. Da das Bekanntwerden dieser Tatsache starke Beunruhigung veranlaßt hat, wäre eine Aufklärung des Falles dringend zu wünschen. Es muß nachgeforscht werden, ob wirklich ein Attentat von kommunistischer oder anderer Seite auf die Börse geplant gewesen ist.

Besserung im Befinden Lenins. Der Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei teilte in einer Versammlung mit, daß eine entschiedene Besserung im Gesundheitszustand Lenins eingetreten sei. Lenin mache längere Spaziergänge und unternehme Autofahrten. Er zeige auch rege Anteilnahme an der Gestaltung des politischen Lebens.

Neues vom Tage

Grubenunglück in Oberschlesien.

Auf der Kleophas-Grube bei Kattowitz ereignet sich ein schweres Unglück. Durch den Einsturz eines Pfeilers wurden sieben Bergarbeiter verschüttet. Die Bergungsarbeiten wurden sofort in Angriff genommen, bis jetzt ist über ihr Ergebnis noch nichts bekannt. — Der schon vor einer Woche ausgebrochene umfangreiche Grubenbrand im Dombrowaer Revier konnte noch immer nicht gelöscht werden. Der Brand hat sich im Gegenteil weiter ausgedehnt und auch höher liegende Sohlen ergriffen. Nach den letzten Feststellungen müssen sich in den brennenden Feldern noch sechzehn Leichen befinden. Man befürchtet, daß das Feuer auch noch auf die in der Nähe des Schachtes liegenden Pulver- und Dynamitlager übergreifen könnte. Die Bemühungen, den Brand zu lokalisieren, sind mit allergrößten Schwierigkeiten verbunden und neuerdings durch das Versagen der Wasserhaltungsmaschinen besonders erschwert.

Wer zuletzt lacht . . . Ein Radfahrer wurde kürzlich in der Burgstraße in Salzwedel angehalten, weil er entgegen den polizeilichen Vorschriften dort radelte. Da er dafür ein Strafmandat von 500 000 Mark erhielt, wollte er der Polizei einen Schabernack spielen und sammelte in seinem Orte alle erreichbaren Ein-, Zwei- und Fünfmarkscheine, verpackte sie in einen größeren Karton und überreichte sie so der Polizei. Diese nahm die Papiermenge und trug sie zum Altpändler, der ihr dafür den Altpapierpreis von 13 Millionen Mark zahlte.

Devisenrazzia in München. In München wurde Sonnabend nachmittag die erste Devisenrazzia im Gasthof Germania in der Schillerstraße durchgeführt. Es wurde ein ganzes Bündel von Devisen beschlagnahmt. Zwei Lastautomobile mit Verdächtigen wurden auf die Polizeidirektion gebracht.

Schweres Unglück bei Schießübungen. Bei Schießübungen mit Flakgeschützen ereignete sich in Pillau ein schweres Unglück. Teile eines Geschützverschlusses wurden vermutlich infolge eines Hülsenreißers abgesplittert. Durch die umherfliegenden Splitteile wurde der Artillerieführer der 1. Division, Oberst Borchert, und ein Kanonier getötet, zwei Kanoniere schwer und mehrere leicht verletzt. Dem Oberst wurden durch die Geschoßteile die Schlagadern der beiden Beine durchschlagen. Er verblutete in wenigen Minuten.

Eine Ehrengabe für Hindenburg. Eine Abordnung des Heimatvereins zu Bad Zwischenahn in Oldenburg überbrachte dem Generalfeldmarschall von Hindenburg in Hannover zu seinem Geburtstage die alljährliche Ehrengabe, bestehend aus einem Schinken von 30 Pfund, mehreren geräucherten Aalen und einer 1½ Meter langen, armdicken geräucherten Mettwurst. Bei der Uebergabe wurden folgende plattdeutsche Ansprachen gehalten:

„De Not is groot, de Tid is swar!
Doch Gottes Weg' sind wunderbar!
Na düstre Nacht folgt Morgenrot,
Da Zi den Dag beläwen dot.
Wünscht wi Jo all ut Hartensgrund,
Dat ga Jo god! Holt Jo gesund!"

und:

„Mag de Dollar stahn, hoch of siet,
En Schink steiht hoch in 'n Kurs allied,
Wenn's nör us Mark of nix recht bert,
En Mettwurßbahler holt sin Wert.
De Smortaal hört to dat Geslecht,
Wat sienen Wert inwennig dreggt.
Wi gönt Jo gern, wardt of gern nahmen,
Drüvt tokum Jahr wi weller kamen?"

Der Feldmarschall überreichte jedem der Teilnehmer sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift unter Dankesbezeigungen. Er wird im nächsten Jahre nach Zwischenahn kommen. Die Teilnehmer waren in altammerländischer Tracht erschienen, die in den Straßen Hannovers großes Aufsehen erregte. Bald hielt man die Damen und Herren für Oberammergauer, bald für Bückeburger, bald für Hessen und sogar für Zigeuner.

„Hans Peter Kromm, der Lebendige"

Eine Geschichte von Ufer zu Ufer
von Johanna Wolff.

(58. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Titje," sagte sie leise, „Titje! Andern haben wir geholfen, und du selber hilft zu kurz dabei gekommen."

Er liebkoste ihre Hand und hob dann lauschend den Kopf: „Laß ihn herein, Hans Peter ist soeben die Stiegen heraufgekommen," bat er lebhaft. Und der Genannte stand wirklich vor der Tür.

„Wie schön der liebe Besuch!" rief Lydia erfreut, „nun wird ihm die Zeit nicht so lang werden."

„Zu Besuch kommt er nicht," erwiderte Titje gelassen. „Hast du Zahnbürste und Taschentuch mitgebracht?" wandte er sich lächelnd an den Eingetretenen, „in Gedanken befahl ich dir, dein Köfferchen mitzubringen."

„Ist hier." Hans Peter zog das bekannte braune Ding ins Zimmer. Da legte Titje den Kopf zur Seite und war's zufrieden. Der junge Heilstandsarzt, ein mächtig großer und starker Körpermensch, kam herauf, nach dem Erkrankten zu sehn. Lydia hatte nach dem Riesen geschickt, sie wußte, daß der Bruder Vertrauen zu ihm hatte.

Die beiden großen Hände klopften hier und drückten dort, Titjes schlanker Körper verschwand beinahe unter den Griffen des Untersuchenden, schließlich aber wurde der Klasse doch wieder zurechtgelegt, und Lydia trat mit Doktor Hottscher in das Nebenzimmer, um seinen Ausspruch zu hören.

„Es haben alle Anzeichen einer schweren Grippe eingesetzt, auch gehen die Erscheinungen um, welche nur als Folgen der Blutvergiftung zu deuten sind, die er sich, soviel mir bekannt, vor halber Jahresfrist bei einer Operation zugezogen hat. Ihr Bruder ist außerdem furchtbar überangestrengt und an Kräften herunter, mehr als ich ahnen konnte. Wir haben also allen Grund, vorsichtig zu sein." Der Riese schaute ernst. „Wollen Sie besser Professor Würzer beiziehn, mir soll's lieb sein — ja, ich möchte sogar darum gebeten haben."

Professor Würzer kam mit Doktor Hottscher zusammen. Er bestätigte das Ergebnis der ersten Untersuchung und denjenigen die getroffenen Anordnungen, aber er schaute noch ernster. „Laßt alle Hoffnung fahren," sagten die Augen, die hinter scharfen Brillengläsern schwer ergründlich versteckt lagen. Aber dem humorvollen Wesen des Professors merkte man dies Denken nicht an; voll Heiterkeit sprach er dem Kranken zu, ließ ihm möglichst viel Freiheit und legte den größten Nachdruck auf sorgsamste Aufpflegung und Ernährung.

„Wenn er reden will, sprechen Sie mit ihm, wenn er schweigen will, lassen Sie es stille um ihn sein. Nur die Einpackungen muß er sich pünktlich gefallen lassen, und Essen und Trinken darf nicht verweigert werden."

Lydia konnte sich nicht helfen, die Tränen liefen ihr immerfort übers Gesicht, sie mußte hinausgehn sich auszuweinen. Sie machte sich Vorwürfe, nicht genügend auf ihren liebsten Menschen geachtet, ihn nicht aufmerksamer versorgt zu haben. Ach, soviel gute Dinge hatte sie an die Armen gegeben, fortgeschickt hie und da, wo der Bruder es anordnete, und nun lag er selber da, entkräftet, unterernährt wie der ärmste Mann!

Als sie wieder hereintam und eine eben zubereitete Stärkung brachte, zog Titje ihren Kopf zu sich herunter: „Nicht weinen," sagte er voll Zärtlichkeit, „du — du warst die beste von allen Frauen, die mir nahe gekommen! Wärst du nicht meine verständige Schwester, du hättest mein versehendes Weib sein müssen." Er küßte sie. Und sie glitt still hinaus. „Da liegen wir nun," sagte Titje, als Hans Peter ihm die kühlende Packung gemacht. „Ich fürchte, mein Freund, du wirst etliche nicht ganz leichte Tage mit mir durchzumachen haben."

„Du weißt, wie lebensgern ich das tue — Wie?" Titje nickte still.

Das Fieber setzte mit erschreckender Höhe ein. Hans Peter hatte fast den Grabmesser fallen lassen. Er beschattete die Stirn mit der Hand und wandte sich ab.

„Nicht doch, laß mich dein Gesicht sehn, Peterle," sprach's leise vom Bett her — „wir beide, wir wollen uns doch nichts vormachen. Komm einmal her. Dich will ich nicht zu schonen brauchen! Dafür habe ich dich hier, gelt?" Er rückte sich ein wenig nach vorn. „Wir beide, wir haben noch so viel miteinander auszumachen. Und ich dachte es mir so schön, offen miteinander zu sein — auch in solcher Zeit."

Da sank Meretens Sohn an dem Bett des Freundes auf die Knie, kein Laut kam über seine Lippen. Was in ihm vorging — die Seele des andern, die sein Stillsein begleitete, wußte, spürte es, litt mit ihm und litt doch ohne Schmerz!

„Manchmal tut mein Bruder, als ob er gar nicht krank wäre," sagte Lydia zu Professor Würzer, „er sieht und merkt alles, und ist scheinbar, wie er immer war."

„Dann ist, was ich geraten habe, das richtige für ihn," gab der kluge Arzt zurück, „lassen wir ihn dabei. Beschränkung würde ihm unnötiges Quälen bedeuten. Er soll sich so wohl wie irgend möglich fühlen. Erquicken, nicht quälen."

Wenn eine Fiebermolle vorüber war, setzte jedesmal große Schwäche ein; dann lag Titje mit geschlossenen Augen regungslos, das bleiche Antlitz so still, der Körper so schmal-unerdlich. Dann stieg heiße Angst auf im Herzen der Schwester. Aber solange Hans Peter ein ruhiges Gesicht machte, glaubte sie wirkliche Gefahr fern.

Eine schlechte Nacht war vorübergegangen. Die Fieberwelle vom Abend hatte den Kranken hin und hergeworfen; gegen Morgen war er dann eingeschlafen, und jetzt, nach einigen Stunden, erwachte er klar und kräftiger.

„Peterle!"

„Ja, Titje."

„Wollen reden zusammen."

„Tu's."

„Das Leben hatte uns eine Spanne auseinandergerückt, letzte Zeit — — was hast du geschafft, getrieben?"

„Wolltest du selber mich nicht ein wenig von dir abschieben, Titje? Vielleicht war ich zu anliebig geworden?"

Titje schwieg und sah vor sich hin: „Ich empfand es als richtig. Jetzt aber — — es beschäftigt dich etwas — etwas Besonderes," sagte er, „liegt's in deinem Beruf?"

„Ja, Lieber, ich bin den Verborgenheiten der Muttererde nachgeschlichen. Glaubst du an Prophezeiungen?"

„Wenn sie eintreffen," lächelte Titje. „Sind schließlich auch Natürlichkeiten, gelöste Kräfte, die in Vergangenem oder Zukünftigem umgehn. Was ist? Erzähle!"

Da teilte ihm Hans Peter mit, welche Legende sich auf dem Sonnenhof gebildet, vom Urenkel Ein-Auge, der „Himmelsgold" und „Fliehendes Licht" finden werde, und zuletzt kam er auf Klaschen Wundersam und die Wünschelrute zu sprechen.

„Glaubst du an Prophezeungen?" fragte Titje mit Heiterkeit zurück.

„Früher habe ich nicht daran geglaubt," erwiderte Hans Peter versonnen. „Es geht ja manches um unter diesen Leuten, die abgeschlossen ihre Eigenart bewahrt haben. Nun hat mein Studium mich aufs neu darauf gebracht, und Beobachtungen, die ich schon als Junge gemacht, sind in mir lebendig geworden. Jetzt wandre ich in aller Stille mit Pickel und Spaten umher. Die Heidjer aber meinen, ich sei Schatzgräber und wunderlich im Kopfe geworden," fügte er in halbem Scherz hinzu. (Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19231009015/fragment/page=0002